

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.10.1930 (No. 230)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Gemeindepf.
Nr. 955
und 956
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konkurrenzverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Ansetzer keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telegraphische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Überlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksrechtshilfe, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Die Verhandlungen mit den Parteiführern

Wenn der Reichskanzler heute die Führer der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten zur Besprechung des Wirtschafts- und Finanzprogramms empfangen hat, wird die erste Etappe der Verhandlungen mit den Parteien erreicht sein. Mit Ausnahme der Kommunisten sind dann sämtliche Parteien empfangen worden. Die Fraktionen werden alsbald von ihren Führern unterrichtet werden können, und man wird dann sehen, wie die parlamentarischen Ausschüsse des Kabinetts sind. Man rechnet übrigens damit, daß Eugen Berg als Führer der Deutschnationalen und Fried als Fraktionsvorsitzender der Nationalsozialisten dem Reichskanzler sofort ganz bestimmte Forderungen unterbreiten werden.

Daß Dr. Brüning die Absicht hat, die Erledigung des Programms zu beschleunigen, ist bekannt. Von der Einbringung eines kommunistischen Mißtrauensantrags befürchtet man, wie aus Berlin gemeldet wird, keine besondere Störung, da die Sozialdemokraten den kommunistischen Antrag wahrscheinlich nicht unterstützen würden. Man glaubt auch nicht, daß die Sozialdemokratie bei der zu erwartenden neuen Notverordnung dem Kabinettschwierigkeiten machen wird. Ja man hofft, daß die Sozialdemokraten dem Kabinettschwierigkeiten sogar die Ermächtigung für den Überbrückungsfredit in Höhe von 500 Millionen nicht verweigern werden.

Wir wissen nicht, welche Tatsachen vorliegen, die einen derartigen Optimismus in Berlin rechtfertigen können. Allerdings haben wir schon neulich an dieser Stelle angedeutet, daß die Entwicklung sehr wohl in der Weise verlaufen könnte, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zwar das Programm selbst in seinen wichtigsten Punkten ablehnt und das Reichskabinetts so zu einem Zurückgreifen auf Artikel 48 zwingt, dann aber die Aufhebung der Notverordnungen nicht verlangt und etwaige Mißtrauensvoten ablehnen hilft. Daran, daß das Kabinettschwierigkeiten an den Grundzügen seines Programms festhalten wird, ist wohl nicht zu zweifeln.

Inzwischen hat die Wirtschaftspartei neue Forderungen angemeldet, die über das Regierungsprogramm hinausgehen. Diese Forderungen sind in der Hauptsache folgende: Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines sofortigen Moratoriums für die Reparationszahlungen mit dem Ziele der Revision des Youngplans, durchgreifende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziele der Befreiung aller Parteibuchbeamten und überflüssigen Dienststellen, sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht mit dem Ziele der Behebung der Arbeitslosigkeit und weitere entschiedene Reform des sozialen Versicherungswesens, weiterer planmäßiger Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Befreiung der öffentlichen Regiebetriebe, Überführung des öffentlichen Wohnungsbaugeschäftes in die freie Wirtschaft, weiterer Abbau der Realsteuern, Reform des Schlichtungswesens und Maßnahmen der Reichsregierung zwecks Senkung der kartellierten Preise und überhöhten Zinssätze.

Man muß diesen Forderungen der Wirtschaftspartei deshalb eine besondere Beachtung schenken, weil sie im Grunde den Wünschen sämtlicher Rechtsparteien und sicher den Wünschen einer Mehrheit innerhalb der Deutschen Volkspartei entsprechen. Von besonderer politischer Bedeutung ist die sozusagen populäre Forderung nach der Befreiung aller sogenannten „Parteibuchbeamten“ und aller überflüssigen Dienststellen. Und nicht minder wichtig sind die Forderungen nach Reform des Schlichtungswesens, nach Senkung der kartellierten Preise und überhöhten Zinssätze und Revision des Youngplans.

In der „Deutschen Tageszeitung“ des Herrn Schiele wird das Programm des Reichskabinetts im ganzen begrüßt. In einem Punkte übt das Blatt von seinem agrarischen Standpunkt aus Kritik. Es hält die Einheitsbesteuerung der Landwirtschaft für bedenklich. Sie werde als Ertragssteuer auf Grund des Einheitswertes die schwächsten Betriebe am stärksten treffen. Merkwürdig ist es, daß die „Deutsche Tageszeitung“ es auch bemängelt, daß diese Besteuerung den Ländern und Gemeinden zufallen soll, die auch ihre Höhe festzusetzen haben. Eigentlich war ja diese Bestimmung des Programms die Erfüllung gerade eines alten Wunsches der Landwirtschaft.

Am heutigen Tage findet die Fraktionsbildung der Sozialdemokraten statt. Von ihrem Ausgang wird die Beantwortung der Frage abhängen, ob die optimistische

Letzte Nachrichten

Der Zusammentritt des Reichstags Es bleibt beim 13. Oktober

WTB. Berlin, 3. Okt. (Tel.). Reichstagspräsident Loh als Präsident des Reichstags der vierten Wahlperiode gibt bekannt: Auf Grund der Artikel 23 und 27 wird der neu gewählte Reichstag berufen, am Montag, dem 13. Oktober 1930, nachmittags 3 Uhr zusammenzutreten.

Reichstagspräsident Loh teilt weiter mit, daß von dem ursprünglichen Wunsch der Regierung, auf Vorverlegung des Zusammentritts des Reichstags, Abstand genommen worden ist. Infolgedessen bleibt es beim 13. Oktober.

Auf den Wunsch des deutschnationalen Abgeordneten von Freitag-Loringhoven, nach Einberufung des Auswärtigen Ausschusses hat der Vorsitzende, der Abgeordnete Scheidemann, erwidert, daß es nicht möglich sei, wenige Tage vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages den alten Ausschuss zusammenzutreten zu lassen.

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie Vor einem Riesenstreik?

WTB. Berlin, 3. Okt. (Priv.-Tel.). Die Situation im Konflikt in der Berliner Metallindustrie, der heute nachmittags noch einmal Gegenstand von Verhandlungen vor dem Sonderlichter sein wird, wird der „BZ. am Mittag“ gegenüber von einer führenden Persönlichkeit als außerordentlich ernst bezeichnet. Der Streik erscheine beinahe unvermeidlich.

Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes wollen über die Forderung der Arbeitgeber, die auf einen Lohnabbau von 15 Prozent hinausläuft, überhaupt nicht verhandeln. Sie lehnen jeden Gehaltsabbau ab. Die Arbeitgeber wiederum erklären, für keinen Fall in eine Verkürzung der Arbeitszeit einwilligen zu wollen, die die Gewerkschaftsvertreter angesichts der großen Arbeitslosigkeit in der Industrie fordern.

Das Berliner Gewerkschaftsblatt hat, dem Blatt zufolge, den Streik der Metallarbeiter bereits vorbereitet. Die gesamten Gewerkschaften Deutschlands wollen die finanziellen Vorbereitungen für einen längeren Streik schaffen. Es kommen insgesamt in Berlin 140 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht.

Die englischen Wirtschaftsprobleme Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der Liberalen

WTB. London, 3. Okt. (Tel.). Dem liberalen Blatt „News Chronicle“ zufolge hat Lloyd Georges mit einer Anzahl Kollegen einen Plan zur Schaffung von Arbeit fertiggestellt, der in den nächsten Tagen der Regierung unterbreitet werden soll. Das Blatt sagt: Nachdem die Regierung sich einverstanden erklärt hatte, die Hilfe der Liberalen anzunehmen, haben Lloyd George und seine Mitarbeiter angesichts der im kommenden Winter zu erwartenden Not den ganzen Sommer hindurch an dem Plan gearbeitet, der so detailliert ist, daß er sofort zur Anwendung gebracht werden kann.

Die Bergwerksbesitzer gegen das Kohlenbergwerksamt

WTB. London, 3. Okt. (Tel.). Den Blättern zufolge wurde gestern abend mitgeteilt, daß die britischen Bergwerksbesitzer es ablehnen, Vertreter in das nationale Kohlenbergwerksamt zu entsenden, das auf Grund des Bergwerkesgesetzes errichtet worden ist. In dem Gesetz war vorgesehen, daß dem Amt je sechs Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute angehören sollten. Die Bergwerksbesitzer nehmen den Standpunkt ein, daß in den einzelnen Bezirken besondere Lohnvereinbarungen zu treffen seien, während nach dieser Auffassung innerhalb des Kohlenbergwerksamtes die Löhre für die Förderung nach einer für die ganze Kohlenindustrie gültigen Lohnvereinbarung offensteht.

Betrachtungsweise in Berlin begründet war oder nicht. Wenn sie begründet war, ist aber leider noch immer nicht die Befürchtung aus dem Wege geräumt, daß in demselben Augenblick, wo die stillschweigende Unterstützung des Kabinetts durch die Sozialdemokratie beschlossene Sache ist, die Agrarier, die Wirtschaftsparteiler und die Deutsche Volkspartei dem Kabinettschwierigkeiten fehen. Ein solches Tun würde natürlich gleichbedeutend sein mit der Herausforderung einer Kabinettschwierigkeiten. In den mehr rechts gerichteten Parteien scheint man damit zu rechnen, daß dann das Kabinettschwierigkeiten unter Ergänzung und Erweiterung des neuen Wirtschafts- und Finanzprogramms, das man als solches nicht preisgeben will, umgebildet wird und als ein „Kabinettschwierigkeiten der unabhängigen nationalen Persönlichkeiten“ wiederersteht.

Wirtschaftliche Umschau

Das Gebot: Ordnung der Finanzen — Was ist Inflation? Das Gutachten über die Rheinschiffahrt — Lokomotiven und Waggonen

Nach der Veröffentlichung des Sanierungsprogramms der Reichsregierung, an dessen Zustandekommen auch Reichsbankpräsident Dr. Luther maßgebend beteiligt sein soll, trat an den Börsen und auf den Devisenmärkten des Auslandes Beruhigung und Befestigung ein, die auch gestern Fortschritte machte. Die Vorgänge in der letzten Zeit zeigen, welche Bedeutung die Überwindung der Vertrauenskrise hat, deren Ursachen nur durch die Ordnung der öffentlichen Finanzen in Deutschland beseitigt werden können. Alles Predigen gegen unangebrachten Pessimismus und den Krebschaden der Kapitalflucht nützt somit nichts.

An den Vorgängen am Devisenmarkt war mit Ausnahme der Goldabzüge aus Frankreich, die aber diesmal nicht wie im Mai 1929 als politisches Druckmittel angesehen werden können, lediglich das Inland und die Furcht mancher Kapitalbesitzer infolge des Wahlausfalls schuld. Die Reichsbank hat einige hundert Millionen Reichsmark in Gold und Devisen zur Stabilisierung der Währung abgeben müssen. Zur Zeit ist die Notwendigkeit weiterer Goldabgaben infolge der eingetretenen Beruhigung nicht vorhanden. Der letzte Reichsbankstatus zeigt eine Deckung der ausgegebenen Noten durch Gold und Devisen in Höhe von 55,8 Proz. gegen 69,6 Proz. in der Vorwoche. Da eine gesetzliche Deckung von 40 Proz. vorgeschrieben ist, wäre die Reichsbank auch weiter zu Goldabgaben aus ihrem, wie bei allen Notenbanken für diese Zwecke ja vorhandenen Fonds imstande, ohne durch Krediteinsparungen den Notenumlauf herabsetzen zu müssen, wie im Mai 1929.

Eine Inflationsgefahr kann, worauf in diesem Zusammenhang wiederum verwiesen sei, überhaupt nicht auf diesem Wege kommen, sondern lediglich von einer schlechten öffentlichen Finanzpolitik. Aber auch hier ist zu sagen, daß die Reichsbank autonom ist, und das Reich keinerlei Mittel hat, sie zu vermehrter Notenausgabe zu zwingen. Durch eine solche entstand die erst 1923 überwundene Inflation. Auch das Scheitern der Finanzpläne könnte, solange die Reichsbank festbleibt, keine Inflation herbeiführen, die Folgen wären aber Krediteinsparungen und Geldmangel der öffentlichen Körperschaften und der Wirtschaft durch Störung der Auszahlungen an Gehältern usw., weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit und eine Wirtschaftskrise in noch viel größerem Ausmaß als bisher. Darin liegt die aktuelle Gefahr für Deutschland. Eine Inflation könnten wir nur dann bekommen, wenn sich eine Regierung fände, der es gelänge, in gefeywridriger Weise die Reichsbank in die Hand zu bekommen, um nach dem verhängnisvollen Rezept der von uns erlebten Zeit nach dem Krieg wiederum immer weniger gedeckte Noten in immer größeren Mengen drucken zu lassen und in Verkehr zu bringen.

Die Arbeitgeber in der Rheinschiffahrt haben das Lohnabkommen — es handelt sich um 8000 Arbeitnehmer — zum 31. Oktober gekündigt. Sie stützen sich auf das vom Reichsarbeitsministerium vor zwei Jahren, 1928, einer unparteiischen Kommission, den Universitätsprofessoren Harns (Miel), Kuske (Köln) und Most (Quisburg), in Auftrag gegebene Gutachten, das eine eingehende Untersuchung der Verhältnisse bringen sollte. Der Anlaß des Gutachtens, dessen Inhalt eine große, alle Fragen dieses deutschen Verkehrsgebietes umfassende Tatsachendarstellung wurde, war somit ein sozialpolitischer, nämlich der Streit über die Gehälter und die Löhne. Im Sommer 1928 hatte nach einer sechsmonatigen Aussperrung der Schlichter den bestehenden Lohnvertrag verlängert, dabei aber im Schiedspruch das Gutachten bereits in die Wege geleitet.

Es sind nun allerdings zwei Jahre vergangen, in denen sich manches geändert hat, auch nach der sozialpolitischen Seite, der ja wie gesagt nur ein Teil des Gutachtens gewidmet ist. Die Reedereien, die damals eine 13proz. Lohnkürzung verlangten und darauf verwiesen, daß die deutschen Lohnsätze denen der ausländischen Reedereien auf dem Rhein angeglichen werden müßten, um die deutsche Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, erklären jetzt das Gutachten weiterhin für eine Stütze ihrer Ansicht, daß die Löhne herabgesetzt werden müßten, und sind wie gesagt zur Kündigung des Lohn-

Badischer Teil

Die Wahlbeteiligung an den Septemberwahlen 1930 in Baden

(Nach Mitteilungen des Badischen Statistischen Landesamts) Die Reichstagswahlen am 14. September 1930 haben in Baden ebenso wie im übrigen Reich ein gegenüber den Vorwahlen bedeutend gesteigertes Interesse der Wählererschaft gefunden. 1 192 139 Stimmberechtigte haben bei dieser Wahl ihr Stimmrecht ausgeübt, während bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 nur 923 210 Stimmberechtigte von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben.

Besonderen Wert verdienen die in Baden der Abstimmenden im Landeskommissariatbezirk Mannheim, der als einziger unter den Landeskommissariatbezirken des Landes einen höheren Hundertanteil (79,3) als das Land im ganzen aufweist. Die Durchschnittszahl des Landeskommissariatbezirks Karlsruhe steht der des Landes gleich; die Landeskommissariatbezirke Konstanz und Freiburg bleiben dagegen mit 75,2 v. H. und 72,5 v. H. hinter dem Landesdurchschnitt zurück.

Aus den Parteien

Die Karlsruher Sozialdemokratie hielt am Mittwochabend eine Parteiverammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Schäfflin (Karlsruhe) über den Ausfall der Reichstagswahlen sprach. Er bezeichnete das Ergebnis für die Partei „zwischen Erfolg und Niederlage“.

In Karlsruhe fand eine sehr gut besuchte gemeinsame Sitzung des Parteivorstandes der Deutschen Demokratischen Partei und des Vorstandes der Volkswirtschaftlichen Reichsvereinigung statt.

Die Eingemeindung nach Mannheim. Nach einer Verlautbarung des Städtischen Nachrichtenamts Mannheims ist die staatliche Genehmigung zur Vereinigung der Stadtgemeinde Friedrichsfeld und der Gemeinde Seckenheim mit der Stadt Mannheim erteilt worden.

Nationalsozialistische Ausschreitungen vor der Redaktion des „Bad. Beobachters“ in Karlsruhe

Wegen der nationalsozialistischen Ausschreitungen vor der Redaktion des „Badischen Beobachters“ auf der Kaiserstraße in Karlsruhe in der Nacht vom 30. September auf 1. Oktober d. J. hat der Minister des Innern unterzöglich eingehenden Bericht von der Polizeidirektion eingefordert.

Zum Ableben des Landgerichtspräsidenten Dr. Kurzmann in Offenburg

Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer hat folgendes Beileidschreiben an das Justizministerium gerichtet: „Anlässlich des schweren Verlustes, welchen die badische Justizverwaltung und die Rechtspflege durch das allzufrühe Hinscheiden des auch in der Anwaltschaft des ganzen badischen Landes hoch geschätzten und verehrten Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. Kurzmann erlitten hat, erlaube ich mir, namens des Kammerverbandes unser tiefgeföhlted Beileid zum Ausdruck zu bringen.“

Der Schler Spritzgießereffäre

Von zuständiger amtlicher Seite in Offenburg wird uns mitgeteilt:

In den letzten zwei Wochen gingen durch die Presse Nachrichten über einen Spritzgießereffäre in Mittelbaden, welcher sich mit einem bei der Staatsanwaltschaft in Offenburg anhängigen Verfahren wegen Zuhälterhandlung gegen das Brauereimonopolgesetz befaßt.

Herbstbericht

Nach den Feststellungen des Badischen Weinbauverbandes, Sitz Freiburg i. Br., ist seit 17. September in Baden das Herbstgessen im vollen Gange. Wie alljährlich begann die Weinlese zunächst in den Konsumweingebieten des unteren Rheingebietes, sodann die kleinen Lagen des östlichen Kaiserstuhlgebietes, der Ortenau und des Kraichgaues.

Die ersten Erzeugnisse haben dreifach größere höhere Säuregrade aufgewiesen, als im Vorjahre, aber ein Jahrgang wie der 1929er, ist stets als eine Ausnahme zu betrachten, man muß daher die Qualität des 1930er gegenüber den durchschnittlich erzielten Qualitäten betrachten.

Das Verkaufsgeschäft ist sehr langsam, da der Weinhandel Knapp an flüssigen Mitteln ist, und sich nur insoweit eindeckert, als er sofort wieder absetzen kann.

Mengenmäßig ist fast in sämtlichen badischen Weinbaugebieten mit einem durchschnittlichen Ertrage zu rechnen. Die Qualitätsstrawben sind sehr schon entwickelt und dank der intensiven Schädlingsbekämpfung, die überall durchgeführt wurde, noch vollkommen gesund.

Wierzig Jahre Kleinbahn Heidelberg-Weinheim. Am morgigen 4. Oktober begeht die Kleinbahn Heidelberg-Weinheim der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft ihr vierzigjähriges Jubiläum.

Aus der Landeshauptstadt

Rickardt 75. Geburtstag. Dem Dichter Heinrich Rickardt sind zu seinem 75. Geburtstag neben hundert von privaten Glückwünschen, namentlich aus der Künstlerwelt aus ganz Deutschland, Gratulationschreiben gewidmet worden.

Fleisch- und Wurstpreisabstufung. Wir verweisen auf die heutige Bekanntmachung der Freien Metzgereinnung Karlsruhe.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Noch immer nimmt der hohe Druck über Deutschland an Mächtigkeit zu. Mit dem Durchgreifen der Ostströmung hat es auch aufgehört. Die Hochdrucklage wird weiter andauern.

Ausstellung „Die Landwirtschaft“. Um der allgemeinen Wirtschaftslage Rechnung zu tragen und am Preisabbau mitzuwirken, hat sich die Ausstellungsgesellschaft „entworfunden“, die Eintrittspreise für die letzten 3 Tage (Freitag, Samstag und Sonntag) wesentlich zu ermäßigen.

Colosseum. An unbegrenzter Mannigfaltigkeit, auch an zaubernder äußerer Aufmachung — das darf man ruhig sagen — ist das Brasilianische Kaleidoscope, das zur Zeit im Colosseum gastiert, kaum zu überbieten, und es ist dieserhalb in der Tat so, daß die fröhliche Stimmung, die beim ersten Aufrollen des Vorhanges sofort einsetzt, im Verlauf der 63 Bilder weder herabfällt, noch sich nur einem Moment abkühlt, sondern im Gegenteil sich zusehends steigert.

Den eigentümlichen und eigentümlichsten Extrakt bieten die Tänze der Doorlay-Girls, zwanzig hübschen, sehr lebensgierigen und dennoch kinderhaften Mädchen, deren Exzultationen ebenso vielseitig wie originell sind.

Neue Kapelle im Café Deoon. Der Name Franz Dolezel und der Ruf der von diesem ausgezeichneten Stehgeiger geleiteten Kapelle ist seit vielen Jahren schon hier bekannt und anerkannt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen. 3. Oktober. 2. Oktober. Amsterdam 100 G. 169.27 169.61 169.15 169.49 Kopenhagen 100 Kr. 112.31 112.53 112.26 112.48 Italien . . 100 L. 21.975 22.015 21.975 22.015 London . . 1 Pf. 20.395 20.435 20.383 20.423 New York . 1 D. 4.1970 4.2015 4.1955 4.2035 Paris . . 100 Fr. 16.465 16.505 16.46 16.50 Schweiz . 100 Fr. 81.46 81.62 81.46 81.62 Wien 100 Schilling 59.255 59.375 59.215 59.335 Prag . . 100 Kr. 12.467 12.477 12.448 12.468

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 1. Oktober d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11/2 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7897 Pence.

Diskontierung in Polen. Die Bank Polska hat, wie aus Warschau gemeldet wird, ab 3. Oktober den Diskontsatz von 6 1/2 auf 7 1/2 Proz. und den Lombardzinsfuß von 7 1/2 auf 8 1/2 Prozent erhöht.

Schützt Herz und Nerven Eurer Kinder! Gebt ihnen KAFFEE HAG

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Schwetzingen, 30. Sept. Die „Schwettinger Zeitung“ lamm heute auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken, das in einer Jubiläumsausgabe entsprechende Würdigung findet.

Hd. Kehl, 1. Okt. Mit dem gestrigen Tage hat auch die hiesige Reichsvermögensstelle ihre Tätigkeit eingestellt und ist aufgelöst worden.

W.D. Freiburg, 30. Sept. Die von Arbeitgeberseite beantragte Verbindlichkeitsklärung des Lohntarifs für die badischen Fremdenheime und Pensionen ist vom Schlichter für Südwestdeutschland abgelehnt worden. Damit ist die von Arbeitgeberseite schon seit langem erstrebte Trennung zwischen Gastwirtschaften und Hotels einerseits und den Pensionen und Fremdenheimen andererseits nicht zur Durchführung gekommen. Die Fremdenheime und Pensionen fallen wieder unter den Tarif für das Gastwirts- und Hotelgewerbe.

Hd. Freiburg, 1. Okt. Die Handwerkskammer für den Kreis Freiburg feiert am 14. Oktober ihr 50jähriges Bestehen als rechtlich-öffentliche Körperschaft und ihr 250jähriges Bestehen als Berufsvertretung. Die Feier wird der Zeit entsprechend in einem schlichten Rahmen abgehalten werden.

Hd. Herrsch, 3. Okt. In dem zwischen Wöhlen und Grenzloch gelegenen Steinbruch der Solvan-Werke geriet der 20-jährige Arbeiter Gerhard Huber aus Hauingen unter herabstürzende Steinmassen und wurde von diesen begraben. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.
Der Deutschen Lotterie-Emissionsgesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (III. Kölner Dom-Bau-Geldlotterie 1930) in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 30. September 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann

Bekanntmachung
Die abgeforderte Gemarkung Bernbrunn.
Mit Entscheidung vom 15. Juli 1930 wurde die Vereinigung des badischen Teils der abgeforderten Gemarkung Bernbrunn mit der benachbarten badischen Gemeinde Alfeld unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen angeordnet. Hinsichtlich der Wahlberechtigung zu den Kreis- und Bezirksratswahlen gilt die Vereinigung als mit dem 1. Mai

1930 erfolgt. Im übrigen wird der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Vereinigung später bestimmt werden.
Karlsruhe, den 30. September 1930.
Der Minister des Innern:
J. Wittmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:
Justizassistent Albert Leichte beim Amtsgericht Vörrach zum Justizsekretär, Kanzleiaffistent Jakob Roth beim Amtsgericht Schopfheim zum Justizassistenten, Aufseher Oskar Leibold bei den Strafanstalten in Bruchsal zum Oberwerkführer.
Zur Ruhe gesetzt:
Oberaufseher Jakob Schweikert bei den Strafanstalten in Bruchsal bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.
Gestorben:
Landgerichtspräsident Dr. Richard Kurzmann in Offenburg, Justizoberinspektor Heinrich Wolf beim Amtsgericht Karlsruhe.



1865 1930

65 Jahre Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

25 000 Familien — 8 Millionen Jahresumsatz — 53 Abgabestellen

Aufnahme frei! Beitrittserklärungen in allen Abgabestellen Aufnahme frei!

„Oranier“
Dauerbrand-Öfen
in jeder Größe und Ausführung
„Frank-Umbach“-Dampf-Töpfe
der ideale Dampf-Kochtopf, seit über 70 Jahren vielhunderttausendfach bewährt
Besuchen Sie bitte Platz Nr. 35 u. 36
Bender & Co. GmbH. Amalienstr. 25, Ecke Waldstraße
Fernspr. 244/245

Städtische
Ausstellungshalle Karlsruhe
Ausstellung
„Die Hauswirtschaft“
vom 27. September bis 5. Oktober 1930
Geöffnet von morgens 10 bis abends 9 Uhr. Verbilligter Eintrittspreis für Freitag, Samstag und Sonntag: Erwachsene 40 Rpf., Kinder und Erwerbslose 25 Rpf. Jeder Besucher erhält eine Tasse Kaffee oder Tee oder Kakao oder 1 Glas Milch oder Joghurt oder 2 Käsebröte oder Pudding. K. 627

Die gediegene
Wäsche- und Betten-Aussteuer
nur von
CHRIST. OERTEL
Kaiserstraße 101-103 • Telefon 217
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft



Mülberger m. b. H.

Kontor: Amalienstr. 25, Ecke Waldstr. • Telefon 244, 245, 1572

**Kohlen
Koks • Briketts • Grude • Brennholz**

Beachten Sie bitte
die wesentlichen Verbesserungen des neuen Gewinnplanes der
Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie
Statt bisher 62 Millionen RM. kommen jetzt zur Ausspielung
114 Millionen RM.
bei gleichbleibender Loszahl
Diskrete und gewissenhafte Bedienung sichert Ihnen die
Staatliche Lotterie-Einnahme
KARLSRUHE, Kaiser-Allee Nr. 5
beim Mülberger Tor
Fernruf Nr. 4965 • Postscheckkonto Nr. 10719

Sonner

Bekanntmachung
Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Strumpfhaus Landsmann**, Inhaber Willi Landsmann in Karlsruhe, Waldstraße 95, ist zur Annahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerauswahlglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 24. Oktober 1930, vormittags 11½ Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod., Zimmer Nr. 150, Karlsruhe, 20. Sept. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Badisches Landestheater
Samstag, 4. Oktober 1930
* A 3
Die Nibelungen
Ein deutsches Trauerspiel von Gebbel
Regie: Baumbach
Dritte Abteilung:
Ariemhilds Rahe
Mitwirkende:
Vertam, Frauendorfer, Genter, Schreiner, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hiel, Höder, Just, O. Kienfischer, Koeble, Kühne, Reiner, Brüder, Schulze, v. d. Trend, D. Kienfischer, Luther, Schmitt.
Anfang 19¼, Ende geg. 22¼, Preise A (0,70—5,20)
So., 5. Okt.: **Tanzhäuser.** Im Kongerthaus. Zum erstenmal: **Wann kommt du wieder?**
Mo., 6. Okt.: **Mississippi.**

Wir werben für Sie!

Zwangsversteigerung.
4 V 23/30.
Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, dem 2. Dezember 1930, vorm. 9 Uhr in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stod., Zimmer 10, das Grundstück des
1. Karl Seeber, Rangierobmann hier,
2. dessen Ehefrau, Marie Seeber geb. Roe, hier in Miteigentum zu je ½
auf Gemarkung Karlsruhe.
Die Versteigerung wurde am 19. August 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 19. August 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einwirken einwirken lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.
D. 927

Grundstücksbeschrift:
Lsg. Nr. 3061: 1 a 62 qm Hofreite, Schützenstr. 62.
Auf der Hofreite steht:
a) ein vierstöckiges Wohnhaus mit Balken Keller,
b) ein einstöckiger Querbau, Holzterasse und Werkstätte.
Geschätzter Verkehrswert: 22 000 RM,
und mit Zubehör: 22 015 RM.
Karlsruhe, den 29. September 1930.
Bad. Notariat IV — als Vollstreckungsgericht.

Die Ablösung der Markantleihen der Stadtgemeinde Eberbach betr.
Die Ablösung der im Jahre 1930 heimzuzahlenden Rate der Ablösungsanleihe der Stadtgemeinde Eberbach i. V. findet am Donnerstag, den 9. Oktober d. J., nachmittags 7½ Uhr in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates im Bürgerausschüttungslokal statt. S. 623

Nehmen Sie
bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“
Druck G. Braun, Karlsruhe

Fleisch- und Wurstpreisabschlag:

pro Pfd. in RM.

Richtpreise ab 4. Oktober 1930.	
Schweinebraten ohne Speck, ohne Schwarte, mit Knochen	1,20
Schweinebraten ohne Speck, ohne Schwarte, ohne Knochen	1,70
Schweinefleisch wie gewachsen mit Knochen	1,10
Bauchlappen (gesalzen)	1,30
Schweinefotelett	1,40
Schweinefleisch	1,90
Schweinerippchen (gesalzen)	1,50
Schweinerippchen (gekocht und gesalzen)	2,00
Düwelfleisch	1,70
Wienerwürstchen	1,60
Schinkenwürst	1,60
Bratwürst	1,50
Schwartenmagen gewöhnl. weiß	1,00
rot	1,00

Freie Metzger-Innung Karlsruhe.

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14-18, Tel. 952-54